

Winfried Hermann, Bürokratieabbau

11. März 2005

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Winfried Hermann, Bündnis 90/Die Grünen.

Winfried Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Ex-Landtagskollege Pfister! Wir haben heute zum wiederholten Male in dieser Woche unter wechselnden Überschriften eine Mantradebatte. Alle sprechen von Bürokratieabbau und alle beklagen die Bürokratie. Ich habe ehrlich gesagt keine Lust, hier im Bundestag weiterhin Mantras zu verbreiten. Ich finde, wir müssen konkret über den Gesetzentwurf sprechen, der heute vorliegt, der "Entwurf eines Gesetzes zum Bürokratieabbau" heißt und vom Bundesrat eingebracht wurde. Darüber haben Sie merkwürdigerweise nicht gesprochen.

(Dr. Michael Fuchs [CDU/CSU]: Sie haben nicht zugehört!)

Der Gesetzentwurf hat einen außerordentlich hohen Anspruch. Bürokratie und Überregulierung, die die Bürger fesseln - reden wir von Baden-Württemberg oder reden wir von Bayern? -, sollen durch zahlreiche Maßnahmen in verschiedenen Lebensfeldern abgeschafft werden. Das ist ein hoher Anspruch und man hätte eigentlich erwarten können, dass, wenn die Mehrheit des Bundesrats etwas vorschlägt, substantiell gearbeitet und geklärt wird, was Bürokratie ist, wer die Bürokratie macht, wer dafür verantwortlich ist und wie sie angelegt ist. All das wird nicht geklärt, sondern es wird allgemein gesprochen. Anschließend kommt eine Reihe von konkreten Vorschlägen, die aber bei weitem nicht so grundsätzlich sind. Man kann nicht erkennen, an welcher Stelle die Länder, der Bund oder die Kommunen verantwortlich sind.

Eines müssen wir festhalten: Die Ebene der Verwaltung sind die Länder und nicht der Bund, daher ist der Ort, an dem die Bürokratiebekämpfung ansetzen muss, die Landesebene.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD - Birgit Homburger [FDP]: Quatsch!)

Die Länder haben nicht nur eigene Gesetzgebungskompetenz, sondern erlassen darüber hinaus auch Verordnungen. Ich will ein Beispiel nennen: Der von der CDU regierte Freistaat Thüringen ist Rekordhalter bei den Verordnungen, die in den letzten Jahren erlassen wurden. Man sieht, es gibt überall etwas zu tun.

Kommen wir zu Ihren **Vorschlägen**. Was schlagen Sie konkret vor? Wo ist laut des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs das Zentrum der Bürokratie? Art. 1 des Gesetzentwurfs befasst sich mit der Änderung der Weinverordnung, ein zentrales Thema. Art. 2 des Gesetzentwurfs zum Bürokratieabbau befasst sich mit der Änderung der Wein-Überwachungsverordnung. Ich könnte so weitermachen, der Gesetzentwurf befasst sich mit der Änderung der Altholzverordnung, der Änderung der Druckluftverordnung,

(Birgit Homburger [FDP]: Alles Bundesverordnungen!)

der Änderung der Medizinprodukte-Betreiberverordnung, der Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes usw.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Das sind absolut wichtige Sachen! - Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Das zeigt die Vielfältigkeit!)

Ich möchte Ihnen das nicht noch weiter vorlesen, aber ich bin sicher, dass Sie das Zentrum der Bürokratie damit nicht erreicht haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Zweifellos machen Sie konkrete Vorschläge. Es ist wirklich herzig, was da als Entbürokratisierung betrachtet wird. Ich lese beispielsweise den Vorschlag des Bundesrates zur Änderung der Druckluftverordnung vor, dabei soll es um Entbürokratisierung gehen. Darin heißt es:

1. Dem § 6 werden folgende Sätze angefügt:

"Die Ausnahmezulassung ist schriftlich zu beantragen. Dem Antrag ist bei einer Abweichung von den Regelungen des § 4 Abs. 1 ein Gutachten eines behördlich anerkannten Sachverständigen und bei einer Abweichung von den Regelungen des § 9 Abs. 1 oder 2 oder § 21 Abs. 4 ein Gutachten eines ermächtigten Arztes beizufügen, das jeweils dokumentiert, ob der Schutz der Arbeitnehmer gewährleistet ist. Über den Antrag ist innerhalb einer Frist von vier Wochen ..."

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Genau auf die vier Wochen kommt es an!)

Das gesamte Gesetz ist voll von solchen bürokratischen Phrasen. Das nennen Sie Bürokratieabbau!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Sie beziehen sich aber auch auf durchaus wichtige Punkte, die Hälfte des Gesetzentwurfs bezieht sich auf Umweltgesetze. Offenkundig haben Sie im **Umweltbereich** einen zentralen Bürokratiefaktor erkannt. Um sich einen genauen Überblick über Ihre Vorschläge zu verschaffen, muss man im Gesetzentwurf die Seiten 5, 6, 7 ff. anschauen. Diese Seiten - das kann ich Ihnen sagen - dienten auch dem Bundestagskabarett "Die Wasserwerker" als Grundlage. Auf diesen Seiten wird detailliert und bürokratisch festgelegt, wie viel Hühner und Ferkel mit welchem Gewicht wann und wo zu halten sind und ob es eine standortbezogene Umweltverträglichkeitsprüfung oder eine allgemeine Vorprüfung geben muss. Genau das findet sich in Ihrem Gesetzentwurf wieder, er ist kabarettreif.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Der einzige Punkt, der zum Bürokratieabbau beiträgt, bezieht sich darauf, dass man inzwischen - ich habe dazu ein paar Beispiele herausgesucht - keine Umweltverträglichkeitsprüfung mehr braucht, wenn man bis zu 20 000 Hühner oder bis zu 560 Ferkel hält - letztere dürfen allerdings nur bis zu 30 Kilogramm schwer sein -, es ist darüber hinaus keine Umweltverträglichkeitsprüfung nötig, wenn man 4 500 Ferkel hält, die jedoch nur 10 bis 30 Kilogramm schwer sein dürfen usw. Das nennen Sie Entbürokratisierung!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Es ist nicht mehr und nicht weniger als Standardabbau im Umweltbereich unter dem Etikett "Bürokratieabbau". Der Gesetzentwurf ist durch und durch bürokratisch und setzt den Bürokratismus fort, statt ihn abzuschaffen.

Ich komme zum Schluss und fasse zusammen: Der Gesetzentwurf ist das Produkt einer Bürokratie, die außerordentlich detailliert und unverständlich schreibt und denkt.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, Sie müssen jetzt wirklich zusammenfassen.

Winfried Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss. - Sie schaffen Bürgerbeteiligung ab und nennen das Bürokratieabbau. Alle Ihre Vorschläge sind 2001 im Vermittlungsverfahren - Sie mussten dabei nachgeben - gemeinsam verabredet worden. Jetzt behaupten Sie, das sei Bürokratieausbau. Ich muss Ihnen sagen: Ihr Gesetzentwurf ist ein bürokratischer Witz.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)